

EU-Wahrnehmung in Serbien und Montenegro

Seit dem Sturz Milosevics am 5.10.2000 hat in Serbien die positive Haltung der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union stetig zugenommen. Umfragen sprechen davon, dass ca. 70 % der Bevölkerung den Beitritt zur EU befürworten. Was bedeutet diese Zahl jedoch? Die Bevölkerung ist bislang nur spärlich informiert worden, was EU-Beitritt tatsächlich heißt – nämlich Rechte *und* Pflichten und gleichzeitig kurz- und mittelfristig sozial schmerzhaft Einschnitte. In den Köpfen der Menschen ist der EU-Beitritt jedoch vielmehr mit Reisefreiheit, höherem Lebensstandard, besserem Verdienst verbunden.

Die hohe Zahl an Befürwortern für den EU-Beitritt in Serbien ist somit auf eine eher verklärte Sicht gegenüber der EU zurückzuführen. Auf Seiten der EU-Botschaften hat man daher 2004 gemeinsam mit der NGO „Europäische Bewegung“ mit koordinierten PR-Aktionen begonnen. In diesem Rahmen fanden in verschiedenen Städten Serbiens und Montenegros (SuM) Treffen und Diskussionen mit Schülern, Studenten, der Zivilgesellschaft, Politikern und Passanten statt.

Interesse gegenüber der EU war und ist auf allen Ebenen der Gesellschaft vorhanden; problematisch ist jedoch die als zu langfristig empfundene Perspektive eines Beitritts, wodurch wenig persönliche Identifikation mit EU-Fragen und entsprechendes Engagement spürbar sind. Seit dem Europäischen Rat in Thessaloniki 2003 hört die Bevölkerung wiederholt von der EU-Perspektive für den westlichen Balkan, von der Zugehörigkeit dieser Länder zu Europa und von der Unvollständigkeit der EU ohne die Staaten Südosteuropas. Subjektiv beinhalten das bisher Erreichte bzw. die unmittelbaren Erwartungen für den einzelnen wenig Greifbares: Die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht ist nicht abzusehen; die Erhöhung des Lebensstandards wird auch für die nächste Zukunft von den wenigsten erwartet; ein verlässliches Datum für den EU-Beitritt wagt niemand vorauszusagen.

Konkret hören die Menschen Schlagworte wie „Machbarkeitsstudie“, „EU-Partnerschaften“ oder „Stabilisations- und Assoziationsprozess“ (SAP). Dieser hat

jedoch in erster Linie Bedeutung für einen spezifischen Personenkreis (Politiker, Parlamentarier, Beamte, Journalisten). Für diesen bedeutet der EU-Integrationsprozess vor allem viel harte Arbeit sowie das Durchführen von schmerzhaften Maßnahmen. All jene Kriterien müssen erfüllt werden, die auch für alle bisherigen Erweiterungsländer gegolten haben – nicht mehr und nicht weniger.

Dieser Prozess steht in Serbien und Montenegro aber erst am Anfang: Nach langer Verzögerung aufgrund mangelhafter Kooperation mit dem ICTY veröffentlichte die EU-Kommission am 12.4. eine positive Machbarkeitsstudie zur Aufnahme von Verhandlungen für ein Stabilisations- und Assoziationsabkommen. Das Datum der Verhandlungsaufnahme ist jedoch noch nicht gesichert – angepeilt wird der fünfte Jahrestag des Sturzes von Milosevic im Oktober. Abschließen möchte die serbische Seite die Verhandlungen – eine optimistische Annahme – noch in der ersten Hälfte 2006 während der österreichischen EU-Präsidentschaft.

Dass der SAP langwierig ist, hat bislang jedes Beitrittsland erfahren müssen; in SuM wird dieser Prozess jedoch durch die Frage der Staatenunion und vor allem durch die Kosovo-Problematik verkompliziert. Um die Gespräche im Zusammenhang mit der Staatenunion aus der Sackgasse zu führen, hat die EU-Kommission im vergangenen Jahr parallele Kontakte mit den beiden Republiken begonnen; es soll jedoch ein gemeinsames Abkommen unterzeichnet werden. Derzeit hält sich das konkrete Bemühen der beiden Teilstaaten um einen gemeinsamen Beitritt aber in Grenzen; darüber hinaus sind bis zur endgültigen Klärung der Zukunft von SuM (voraussichtlich 2006) durchaus noch Verzögerungen möglich. Für die Bevölkerung wiederum ist die Staatenunion kein vorrangiges Thema, der Kosovo dagegen schon eher, dessen Problematik aber in erster Linie durch die Politik emotional aufbereitet wird.

Die EU ist derzeit mit sich selbst beschäftigt. Der Schock der negativen Resultate der Verfassungsreferenden in Frankreich und Holland wirkt nach. Was dies für den Westbalkan bedeutet, lässt sich nur erahnen: Sehr schnell galten Ängste gegenüber der Erweiterung im Allgemeinen als Ursache für die Ablehnung. Hier bedarf es aber wohl noch einer genaueren Analyse sowie des Eingeständnisses, dass Integration innerhalb der EU Zeit benötigt, Liberalisierungen nicht in Sozialdumping ausarten

dürfen und die Bevölkerung mehr als bisher eingebunden und informiert werden will. EU-Kommissar Rehn meinte auf den Balkan bezogen sehr klar: „Die Erweiterung darf nicht zum Sündenbock der laufenden Diskussion in der EU gemacht werden.“ Es geht schließlich nicht darum, wie viel „Erweiterung“ die EU verkraften kann. Es geht vielmehr darum, eine EU zu schaffen, die von ihren Bürgern vor allem inhaltlich akzeptiert wird. Argumente weltpolitischer und vor allem weltwirtschaftlicher Sachzwänge werden von der Bevölkerung immer weniger akzeptiert.

Jener Personenkreis in SuM, der tagtäglich mit EU-Fragen befasst ist, zeigt sich über die europäische Debatte derzeit jedoch nicht über die Maßen beunruhigt. Zu groß sind noch die Hausaufgaben, die auf serbischer und montenegrinischer Seite bzw. gemeinsam zu erledigen sind. Und hier ist es nicht die EU-Debatte, die zu Verzögerungen führt, sondern es sind interne Probleme: Genannt sei in diesem Zusammenhang die noch immer nicht wirklich begonnene Aufarbeitung der Vergangenheit, insbesondere jene der 90er Jahre. Auch die noch immer bestehende Gefahr, dass sich radikale Kräfte vor allem in Serbien politisch durchsetzen, ist noch immer real. Die demokratischen Politiker Serbiens befinden sich hier in einem Teufelskreis: Einerseits will man auf nationale Gefühle und Emotionen Rücksicht nehmen, andererseits sind politische und wirtschaftliche Reformen unumgänglich, die aufgrund der kurz- und mittelfristigen sozialen Sprengkraft jedoch erst recht die Gefahr eines politischen Rückfalls in sich bergen. Schließlich trägt zu dieser Gefahr auch bei, dass den demokratischen Parteien oft Konzepte fehlen, die den Wählern eine reale Alternative, d.h. konkrete persönliche Zukunftsperspektiven, bieten. Auch stärkt oft mangelnde Kompromissbereitschaft demokratischer Parteien, das längerfristige nationale Interesse in den Vordergrund zu stellen, radikale Kräfte in Serbien.

In der täglichen politischen Diskussion in Serbien und Montenegro herrschen also interne Fragen vor. Die EU rangiert viel weiter hinten in der Prioritätenskala. Dennoch ist nicht ausgeschlossen, dass die derzeitige negative Stimmung in der EU – sofern sie anhält – auch in der Bevölkerung der Länder des Westbalkans Niederschlag findet. Dies wiederum könnte eine Diskussion bewirken, wodurch Nachteile der EU-Mitgliedschaft, die den einzelnen betreffen, stärker in den Vordergrund rücken. Negativ wäre eine solche Diskussion jedoch nur dann, wenn sich das Gefühl

verbreiten würde, in der EU nicht mehr gewollt zu sein. Die bewusste Verlangsamung des Integrationsprozesses auf EU-Seite kann ein solches Gefühl durchaus bewirken. Beispielhaft soll die als besonders erniedrigend empfundene Visumpflicht genannt werden, deren längerfristige Beibehaltung sowohl psychologisch als auch in Bezug auf die Entwicklung des Landes bzw. des einzelnen sehr negative Auswirkungen hätte.

Die Herausforderungen für die Politiker von Serbien und Montenegro sind enorm, die Brocken EU-Integrationsprozess, sozial verträgliche wirtschaftliche Transformation, Staatenunion und Kosovo mit Umsicht, Weitblick und Entschlossenheit anzugehen. Verantwortung trägt aber auch die EU, der Bevölkerung des Westbalkan – d.h. Südosteuropas (mit Betonung auf *Europa*) – Hoffnung und (nicht nur langfristig) eine Perspektive auf ein besseres Leben in der EU zu geben. Zielt man wirklich auf Stabilität in Südosteuropa ab, sollten das Prinzip der Solidarität sowie ein Mehr an Kommunikation in Zukunft nicht nur innerhalb der EU sondern auch gegenüber der Bevölkerung der Beitrittswerber stärker Anwendung finden.